



Antwort zur Anfrage Nr. 1688/2017 der FW-G-Stadtratsfraktion betreffend **Kosten des Partnerschaftsbesuches in Zagreb (FW-G)**

1. Welche Kosten sind der Stadt dadurch tatsächlich entstanden?

Für die Delegationsreise nach Zagreb sind der Stadt für die gesamte Delegation insgesamt 2.392,48€ Kosten entstanden.

365,97€ wurden für Gastgeschenke der Delegation an insgesamt 17 verschiedene Gastgeber in Zagreb aufgewendet.

2. Welche Ausgaben sind auf den Titel „Städtepartnerschaften/Internationale Beziehungen“ durch Partnerschaftsbesuche in den Jahren 2015 – 2016 – 2017 tatsächlich geleistet worden und zu welchem Anlass?

2015 wurde auf Einladung von Haifa/Israel eine Delegationsreise nach Haifa anlässlich des 50jährigen Bestehens deutsch/israelischer Beziehungen unternommen. Für diese Reise wurden insgesamt 4.633,06€ aufgewendet.

2016 fand keine Delegationsreise in eine Partnerstadt statt.

2017 fand auf Einladung der Stadt Zagreb eine Delegationsreise nach Zagreb anlässlich des 50jährigen Bestehens der Städtepartnerschaft statt, für die insgesamt 2.758,45€ aufgewendet wurden.

3. Vom Stadtrat nahmen aktuell jeweils 1 Mitglied der CDU-Fraktion (Herr Schönig) und der SPD-Fraktion (Frau Gill-Gers) an der Fahrt nach Zagreb teil. Warum wurden die übrigen Fraktionen nicht angefragt?

Neben der CDU und der SPD wurden auch die GRÜNEN gefragt.

Nach welchen Richtlinien oder Vorgaben richtet sich die Auswahl der Teilnehmer, welche Fraktionen können teilnehmen oder ist die Entscheidung alleine in das Ermessen des Oberbürgermeisters gestellt?

Es existieren keine Richtlinien oder andere Vorgaben für die Auswahl der Delegationsmitglieder. Die Entscheidung ist in das Ermessen des Oberbürgermeisters gestellt. Die Auswahl der Teilnehmenden kann sehr unterschiedlich ausfallen, entsprechend des Charakters der Städtepartnerschaft und des jeweiligen Delegationsbesuchs. Um die Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat zu spiegeln, wurden die Vertreterinnen und Vertreter der „großen“ Parteien angefragt, mit nach Zagreb zu reisen.

Wo wurden diese Kosten in welcher Höhe verbucht?

Die Kosten beliefen sich auf insgesamt 2.758,45 € und wurden auf der Position „internationale Beziehungen“ der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit/Protokoll verbucht.

4. Im Haushaltsplan ist eine Restsumme vorgesehen. Für welchen Zweck und wie bzw. wofür wurde die Restsumme im Jahr 2016 und 2017 verausgabt?

Mittel, die nicht verausgabt und nicht gebunden werden, fließen zum Jahresende wieder in den Gesamthaushalt .

5. Wie viele Beschäftigte der Stadt arbeiten in diesem Aufgabengebiet (Personalaufwendungen 2017: 112.098€)?

Kein einziger Beschäftigter arbeitet in diesem Aufgabengebiet. Eine Stelle „internationale Beziehungen/Städtepartnerschaften“ ist vor langer Zeit gestrichen worden (Fr. Brautsch). Die anfallenden Arbeiten in diesem Zusammenhang sind auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Protokolls verteilt worden und werden, zusätzlich zu den Kernaufgaben dieses Sachgebiets, dort erledigt.

6. Im Haushaltsjahr 2016 wurden einschließlich Nachträgen 159.391€ in Ansatz gebracht und verausgabt. Im Hinblick auf die Höhe der Gesamtschulden der Stadt stellt sich die Frage, ob diese Kosten als „Freiwillige Leistungen“ (und nicht als Pflichtleistungen) der Stadt zu bewerten sind. Wie beurteilt die Kommunalaufsicht diese Fragestellung?

Diese Zahl ist nicht nachvollziehbar. Für alle Städtepartnerschaften hat die Stadt Mainz 37.150,00 Euro im Ansatz. Diese Zahl ergibt sich nach Umsetzung einer Sperre von 5000,00 Euro 2017 auf den ursprünglichen Ansatz.

Mainz, 24.01.2018

Michael Ebling
Oberbürgermeister

